Stadträte im Haupt- und Finanzausschuss stärken quer durch alle Parteien der Oberbürgermeisterin den Rücken

Breite Front gegen Hubschrauberlärm

Vorwurf: US-Armee hält Vereinbarungen nicht ein – Forderungen an Lärmschutzkommission – Notfalls rechtliche Schritte

ANSBACH (fri) – Erheblich verärgert über den zugenommenen Hubschrauberlärm haben sich jetzt Vertreter aller Fraktionen im Ansbacher Stadtrat gezeigt. Früher getroffene Vereinbarungen würden nicht mehr eingehalten, hieß es, als der Haupt- und Finanzausschuss nun einen Antrag der Offenen Linken diskutierte, mit Lärmmessungen Grundlagen für Klagen betroffener Bürger zu schaffen. Zwar wurde deutlich, dass es dafür derzeit keine Mehrheit gibt. Doch machten Vertreter aller Parteien auch klar, dass man bereit sei, notfalls die wenigen rechtlichen Möglichkeiten auszunutzen, die der Kommune zum Schutze ihrer Bürger zur Verfügung stehen.

Über eine eklatante Zunahme der Hubschrauberflüge – hier über dem Katterbacher Blockheizkraftwerk – klagen immer mehr Bürger. Die Stadt will nun erreichen, dass die US-Armee sich wieder an früher getroffene freiwillige Einschränkungen hält. *Foto: Albright*

„Wir sollten aber nicht den ersten Schritt vor dem zweiten tun", meinte Oberbürgermeisterin Carda Seidel. Sie hatte bisher erst einmal die Gelegenheit zu einem Gespräch über diese Fragen mit dem neuen amerikanischen Kommandeur Oberst Robert C. Doerer. Der sei offenbar mit den bisher zwischen Armee und Stadt getroffenen Vereinbarungen über Einschränkungen der Hubschrauberflüge nicht vertraut gewesen, hieß es. Der Kommandeur habe aber zugesagt, sich bis zur Sitzung der gemeinsamen Lärmschutzkommission von Amerikanern und Deutschen am 23. März mit der Problematik zu befassen. „So lange sollten wir noch abwarten", meinte Carda Seidel und sicherte gleichzeitig zu, dort ganz eindeutig die Reduzierung der Belastungen der Bürger fordern zu wollen. „Lärm ist dabei nach wie vor unser größtes Problem", sagte die Oberbürgermeisterin.

Ihren Angaben nach sind die in letzter Zeit erheblich gestiegenen Belastungen darauf zurückzuführen, dass 50 Prozent der Piloten der in Katterbach und Illesheim stationierten Einheit neu sind und innerhalb weniger Monate nun für den Einsatz mit den Hubschraubern ausgebildet werden sollen.

Gleichwohl sei das Mindest-Ziel, das Seidel und der Stadtrat anstreben, die Rückkehr zu den mit der US-Armee in der Vergangenheit getroffenen Vereinbarungen. Unter anderem geht es dabei um den Verzicht auf den Überflug bewohnter Gebiete sowie die zeitliche Beschränkung nächtlicher Hubschrauberflüge. Die Einhaltung dieser Vereinbarungen war von den US-Streitkräften noch im Herbst bei einer Sondersitzung des Stadtrates zugesichert worden.

Seitdem haben die Beschwerden der Bürger über Verstöße gegen die Vereinbarung zu- statt abgenommen. 77 Bürger insgesamt, davon 29 aus dem Landkreis, hätten sich in vielen Fällen auch mehrfach hintereinander am damals eingerichteten Beschwerdetelefon der Stadt (0981/51-531) gemeldet, hieß es im Ausschuss. Meist beträfen die Klagen Verstöße gegen das Überflugverbot für Wohnbereiche, heißt es in der Stadtverwaltung. Am von der Armee eingerichteten Beschwerdetelefon (09841/834527) sei oft genug kein Ansprechpartner vorhanden, klagen Bürger auch immer wieder gegenüber der FLZ. Die Oberbürgermeisterin sagte nun, sie fordere von der Armee, das Telefon auch in Urlaubszeiten immer besetzt zu halten: „Das Beschwerdemanagement der US-Armee muss besser funktionieren!"

Der Stadtrat der Offenen Linken, Boris-André Meyer, hatte deshalb in einem Antrag gefordert, über mehrere Wochen Lärmmessungen in den besonders betroffenen Gebieten vorzunehmen. Die Ergebnisse könnten dann den Bürgern als Grundlage für Zivilklagen gegen die US-Streitkräfte dienen, sagte Meyer. Er beantragte außerdem, Luftschadstoffmessungen auf dem Katterbacher Flugfeld durchzuführen, um Feinstaubemissionen aus dem angeblich hochgiftigen Hubschraubertreibstoff zu ermitteln.

Ob man ein dafür nötiges Luftmessfahrzeug bekommen könne, sei aber ungewiss, hieß es dazu im Ausschuss; überdies müssten die Amerikaner die Messungen genehmigen. „Ich konzentriere mich auf den Lärm, das belastet unsere Bürger am meisten", sagte Seidel. Die beantragten Messungen aber würden nach Angaben der Verwaltung bis zu 60 000 Euro kosten, zu viel Geld, hieß es übereinstimmend bei den übrigen Fraktionen angesichts unüberhör-